

# Wilsdruffer Tageblatt

Kernbinder Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Vertrieb täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 5 Mk., doch unter Vorbehalt zu erfragen in der Stadt monatlich 4,50 Mk., auf dem Lande 5,40 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12,25 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unter Vorbehalt und Erschließung nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1,50 Mk. für die 6-spaltige Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2-spaltige Korpuszeile 3,50 Mk. Bei Bezeichnung und Zeitraumbestimmung entsprechende Preisnachlässe. Preisnachlässe im amtlichen Teil nur von Behörden. Die 2-spaltige Korpuszeile 4,50 Mk. Nachweisungsgebühr 30 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Restrué gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißner, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 242.

Sonnabend den 15. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Schule zu Grumbach.

Montag den 17. Oktober 1921 nachmittags 2 Uhr Beginn des Mädchen-Fortbildungsschul-Unterrichts. Alle Oftern 1921 aus der Volksschule entlassenen Mädchen sind fortbildungsschulpflichtig. Ueber den gegenwärtigen oder kommenden Besuch anderer Unterrichts-Anstalten ist ein Nachweis hierher zu erbringen.

Wilsdruff, am 13. Oktober 1921.

Der Stadtrat.

Grumbach, am 13. Oktober 1921

Die Schulleitung.

### kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Reichsregierung nahm in einer amtlichen Erklärung zu der durch die Genfer Beschlüsse geschaffenen Lage Stellung.
- \* In Berlin finden Besprechungen der Parteiführer mit dem Kanzler über die Frage der Regierungsumbildung statt.
- \* Im Preussischen Landtag hielt Präsident Heinert im Namen der großen Mehrheit eine Protestrede gegen die Zerstückelung Oberschlesiens.
- \* Die „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“ richteten an den Völkerbundsrat, Lloyd George, Harding, Bonomi und Rittl Proteste gegen die Zerstückelung Oberschlesiens.
- \* Die ungünstigen Nachrichten über die oberschlesische Frage haben die Kurse für ausländische Zahlungsmittel in Berlin sprunghaft in die Höhe getrieben. Der Dollar stieg bis auf 143%.
- \* London wünscht angeblich eine Nachprüfung, ob der Genfer Schiedsspruch mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages übereinstimmt.
- \* Der Oberste Rat wird im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche in London zusammentreten, um die Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien zu erörtern.
- \* Senator Anoy ist in Washington gestorben.

### Betrogen!

Die deutsche Regierung muß, als wenn sie an Oberschlesien, an deutschem Land und deutschem Volk kein eigenes Interesse mehr haben dürfte, auf den genauen Inhalt der Entscheidung des Völkerbundsrates ebenso warten wie etwa die Einwohner von China oder Brasilien. Nicht eine amtliche Mitteilung über das, was in Genf beschlossen worden ist, hat sie bisher erreicht. Unter diesen außerordentlich betrüebenden Umständen zu der neuen Lage klare Stellung zu nehmen, bedeutet für das Kabinett Wirth eine schier unerfüllbare Zumutung. Die Reichsregierung hat es deshalb vorgezogen, in einer amtlichen Mitteilung zunächst nur die allgemeine Erregung zu befähigen, die die Nachrichten aus Genf im ganzen deutschen Volke hervorgerufen haben. Eine Entscheidung, wie sie danach zu befürchten sei, würde von Deutschland als Vergeßlichkeit und hartes Unrecht empfunden werden, sie würde unablässige Demütigungen und Injustizien zur Folge haben und dem deutschen Wirtschaftskörper eine unheilbare Wunde schlagen. Ränne es so, wie die Ankündigungen aus Genf erwarten lassen, so würden die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches abwickeln und geführt habe.

Soweit die Regierung. Sie behält sich also offensichtlich ihre letzte Entscheidung noch vor, auf die selbstverständlich von den Parteien nach verschiedenen Richtungen hin eingewirkt wird. Inzwischen ist der Völkerbundsrat endlich auseinandergegangen. Mit Worten des Lobes hat Präsident Sibihi seine Mitarbeiter entlassen, und eine längere Darlegung des Völkerbund-Sekretariats sucht, ohne der Welt den Inhalt des abgegebenen Gutachtens des näheren zu verraten, mit ungläublich verlegenen Redensarten zu begründen, warum die Entscheidung so wie es geschehen ist getroffen wurde. Selbstverständlich erklärt man, daß man sich genau an die Vorschriften des Friedensvertrages gehalten habe. Wenn man trotzdem zu einem Ergebnis gekommen ist, das kein Mensch vor und seit diesem Friedensvertrage für möglich gehalten hätte, das Dr. Lulajschel, der Vorsitzende des deutschen Schutzbundes in Oberschlesien mit Recht für irrsinnig erklärt hat, so braucht das amtliche Genfer Kommuniqué vergeblich viel Worte, um sich deswegen vor der Welt zu rechtfertigen. Man hört aus allem nur den offenkundigen Vorübersein festgefesselter Entschlüsse heraus, sich so zu entscheiden, daß den Lieben, von Frankreich jährlich beschlagnahmten Polen ein möglichst fettes Gericht aufgetragen werden konnte. Alle Gründe und Beweise, mit denen Deutschland von Anfang an die Unheilbarkeit des Industriegebietes dargelegt hat, werden hervorgehoben, um — mit einem Sprung von halbdresdenerischer Nähe zu der Forderung zu gelangen, daß Oberschlesien geteilt werden müsse! Nur müsse diese Teilung so vorgenommen werden, daß sie nicht zugleich zur wirtschaftlichen Verwüstung des Landes führe, und diese Sorge habe man sich unter Juthilfenahme von Sachverständigen ordentlich angelegen sein lassen. So seien Vorschläge entstanden über die Fortführung der Verwaltung des Landes und über eine Reihe wichtiger Übergangsbestimmungen für längstens 15 Jahre. So lange also soll Deutschland seine ganze Wirtschaftskraft aufwenden, um die kostbaren Gebiete nur in

recht ordentlich zusammenzuhalten, recht produktiv zu entwickeln und sie schließlich in echt deutscher Vollkommenheit an Polen übergeben zu können. Eine Lösung, die man verflucht geseht nennen könnte, wenn sie nicht so verzeufelt dumm wäre. Der deutsche Michel hat sich nicht gerade als ein Ausbund von Selbstsucht und Eigennutz erwiesen, aber so töricht wird er hoffentlich nicht sein, um dieser gemacht naiven Dreistigkeit des Völkerbundsrates zum Zuge zu verhelfen.

Ganz einzig ist man sich freilich im Ententelager noch nicht, wie dieser neue Schurkenstreich gegen Deutschland vollendet werden soll. In Paris möchte man ihn Hals über Kopf, ohne viel Formalitäten ins Werk gesetzt sehen, während London noch ein etwas unständlicheres Verfahren für nötig hält und deswegen eine neue Sitzung des Obersten Rates fordert. Darüber scheinen sich die beiden Verbündeten wieder etwas in die Haare geraten zu wollen. Ob indessen diesmal Lloyd George oder Briand seinen Willen durchsetzt, für Deutschland käme es daran wenig an. Gefonnen oder gebrochen zu werden, macht nichts für denjenigen, der auf das Herdfeuer gebracht werden soll, einen herzlich geringen Unterschied. Daß von Lloyd George nichts Gutes mehr für uns zu erwarten ist, darüber wird der Bericht des deutschen Völkerschafters über seinen Empfang beim britischen Minister des Auswärtigen wohl nicht den geringsten Zweifel gelassen haben. Man kann es sich für uns nur noch darum handeln, ob und welche Rettung für Oberschlesien wir noch in uns selbst zu finden vermögen. Die Entscheidung darüber liegt bei der Reichsregierung und beim Reichstag.

### Die deutsche Mark bleibt.

Die amtliche Mitteilung des Völkerbundsrates, die nach Schluß der Tagung ausgegeben wurde, verleiht jede Angabe über die neue Grenze, teilt aber mit, daß sie durch das Industriegebiet geht. Im übrigen gelten die Bestimmungen ausschließlich den Vereinbarungen, mit deren Hilfe die wirtschaftliche Angelegenheit dieser neuen Grenzführung abgeklärt werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen beziehen sich auf die

### Beibehaltung der deutschen Mark

als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten, die Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für gewisse Produkte, wie Kohle und Holz, und den Schutz der polnischen Minoritäten. Alle diese Bestimmungen gelten nur für eine Übergangszeit, die in den einzelnen Fällen verschieden bemessen ist und höchstens fünfzehn Jahre dauern soll.

### Die Zerstückelung Oberschlesiens.

Die vorgeschlagene Grenzlinie.



### Was ist zu tun?

#### Die Kabinettsberatungen in Berlin

Die durch die Genfer Beschlüsse hervorgerufene Regierungskrise verdunkelt in Berlin nach wie vor den politischen Himmel, aber sie scheint im Augenblick doch noch nicht zum vollen Ausbruch zu kommen, sondern man überlegt sich jetzt dessen erst einmal die Frage, was dann geschehen soll, wenn das Kabinett zurückgetreten ist. Das ist eine durchaus richtige Haltung der maßgebenden Kreise, denn es kommt jetzt — das hat man aus den schümmen Erfahrungen bei früheren Regierungswechseln in kritischen Augenblicken glücklicherweise gelernt — vor allem darauf an, im entscheidenden gefährlichen Moment eine aktionsfähige Regierung zu erhalten.

Dementsprechend ist man vorläufig dahin übereingekommen, daß das Kabinett Wirth seinen geplanten Rücktritt unter keinen Umständen überstehen soll. Man wird erst die amtliche Bekanntgabe des Völkerbundbeschlusses abwarten, und wird dann erst in eine genaue sachliche Prüfung der Wirkungen dieses Genfer Beschlusses, besonders nach der wirtschaftlichen Seite hin, eintreten. Der springende Punkt ist bei allem die Frage, ob unter den neu geschaffenen unendlich erschwerten Umständen das Programm der Erfüllung des Ultimatum noch aufrecht erhalten werden kann, welches die politische Grundlage des Kabinetts Wirth bildet. Man ist zu der Überzeugung gekommen, daß dazu keine Möglichkeit bestehe, und daß man, falls die Genfer Beschlüsse sich in der jetzt bekannten Form befähigen, versuchen muß, eine Herabsetzung unserer Verpflichtungen zu erreichen. Gleichzeitig hält man mehr als je gerade im jetzigen Augenblick eine Zusammenfassung aller Kräfte und damit

#### eine Verbreiterung der Regierungsbasis

für notwendig, einestheils, um der Regierung die nötige Festigkeit nach außen hin zu geben, andererseits, um ihr jetzt alle irgend erreichbaren Hilfsmittel im Innern aufzustellen. Die Meinung des Kanzlers geht dahin, daß eine Lösung der neuen Schwierigkeiten nur durch internationale Verhandlungen erzielt werden kann und es müsse Deutschlands Bestreben sein, das Ausland endlich davon zu überzeugen, daß durch einen Verzicht Oberschlesiens die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenhaft gezoogen wird und daß Deutschland an solchen internationalen Besprechungen teilnehmen muß. Zunächst glaubt er, daß es unumgänglich nötig ist, das Erfüllungsprogramm grundsätzlich aufrechtzuerhalten, aber keine Einschränkung anzustreben. Dazu bedarf es energischer Schritte, die durch eine plötzliche Regierungskrise nur verhindert werden könnten. So werden augenblicklich vor allem die

#### Kreditverhandlungen mit der Industrie

eifrig fortgesetzt, weil nur dadurch das Reich bald in den Besitz der dringend notwendigen Geldmittel kommt. Dieses Unternehmen scheint aber ohne gleichzeitige Verwirklichung der „großen Koalition“ wenig Aussicht auf Erfolg zu haben, weshalb die Anstrengungen des Kanzlers gleichzeitig auf deren Zustandekommen gerichtet sind. Bei den Parteien herrscht allerdings noch keineswegs Einigkeit über die Schritte, die jetzt getan werden müssen. Während die Sozialdemokraten das Kabinett Wirth halten wollen, oder doch den jetzigen Kanzler auch mit der Bildung einer neuen Regierung betrauen wollen, scheinen die Demokraten zu beabsichtigen, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. Allerdings genießt Dr. Wirth persönlich auch bei den Demokraten ebenso wie beim Zentrum nach wie vor volles Vertrauen. Die Entscheidung darüber, ob das Kabinett bleibt, ob es nur eine geringe Veränderung oder eine völlige Neubildung erfährt, wird in diesen Tagen in Besprechungen mit den Parteiführern gefaßt. Zur obersten Frage selbst wird dann der Reichstag voraussichtlich in der nächsten Woche Stellung nehmen.

### Und der Friedensvertrag...?

#### Stimmen des Auslandes.

Wenn es auch durchaus verfehlt wäre, eine Wendung zum Besseren in der oberschlesischen Entscheidung vorzutauschen, so ist es doch zu erwarten, daß die Entscheidung der Entente Staaten zu erwarten, denn diese haben sich in allen strittigen Fällen immer sehr rasch auf unsere Kosten eingelassen, so verdienen doch einige bedeutende Stimmen Bedenken, die sich besonders in London erheben, wo man

die Genfer Beschlüsse mit dem Friedensvertrag vergleicht. Dort macht sich die Meinung geltend, daß der Spruch des Völkerbundesrats vielleicht doch nicht das letzte Wort in der Oberschlesischen Frage gewesen sei. Denn nämlich das Urteil des Völkerbundes, wie es scheint,

den Boden des Friedensvertrages verläßt, so ist es möglich, daß England sich dann dem Spruch von Genf nicht fügen wird. Die gemeinsame Verwaltung des Industriegebietes findet nach Londoner Auffassung keine Stütze im Friedensvertrag. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ berichtet seinem Blatte, die Veröffentlichung des Berichtes des Völkerbundesrates, der die Teilung Oberschlesiens vorgeschlagen werde, rufe in London große Unruhe hervor. Man messe den Rückwirkungen, die diese Entscheidung in Deutschland hervorrufen werde, und insbesondere einem Sturz des Kabinetts Würth große Bedeutung bei, aber man spreche nicht von der Wirkung, die in Polen hervorgerufen werde.

In Paris kennt man diese Bedenken nicht, sondern ist eher aus entgegengelegten Gründen mit dem Genfer Beschlusse unzufrieden. Temps erklärt in seinem Leitartikel, wenn der Sturz des Kabinetts Würth abschließend herbeigeführt werden sollte, würden die Deutschen von ihrem eigenen Standpunkt aus einen Fehler begehen, und wenn Deutschland unter dem Vorwand des teilweisen Verlustes des ober-schlesischen Industriegebietes sich seinen Verpflichtungen entziehen wollte, würde es eine Abenteuerpolitik einleiten, deren ernste Folgen es zu seinem Schaden sehr bald feststellen würde. Das Journal, das die Zuteilung des gesamten ober-schlesischen Industriegebietes an Polen befürwortet, schreibt, man könne sich nicht verheißeln, daß die Teilung eines mächtigen Industrieorganismus seinen Ruin nach sich ziehen müsse.

#### Holländische Befürchtungen.

Die Gefahr, die Deutschland durch die Entscheidung des Völkerbundesrates in Genf über Oberschlesien droht, wird in Amsterdam mit größter Aufmerksamkeit beobachtet. Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß auf der Amsterdamer und Rotterdamer Börse nahezu alle Geschäfte still standen. Man glaubt in holländischen politischen Kreisen, der Rücktritt der deutschen Regierung würde nur den Anfang einer großen politischen Verwirrung in Deutschland bedeuten, deren Ende schwer vorauszusagen ist.

### Ungarn im Anmarsch auf Wien.

#### Magyarische Irredenta.

Wiener Meldungen besagen, daß die Ungarn eine größere Unternehmung zunächst gegen Wiener-Neustadt

planen. An der Ostgrenze des Burgenlandes, im südlichen Teile und am Neusiedlerweg seien Truppenmassen zusammengezogen, die heute bereits nach vorsichtigen Schätzungen 40.000 Mann betragen. Die Ungarn machten zwei Stoßkolonnen marschfertig,

von denen die eine einen Angriff auf Wiener-Neustadt unternehmen, die andere zunächst gegen den Semmering und von hier aus ebenfalls gegen Wiener-Neustadt vorzugehen solle. Diese Kolonne solle sich, wie die Blätter weiter melden, in erster Linie der großen Munitionslager bemächtigen und die starken Arbeiterwehren am Steinfeld mit einem Schläge beseitigen. Dann dürfte zu einer Unternehmung gegen die Hauptstadt Wien geschritten werden. In Wien wurde bereits ein monarchistisches Flugblatt verbreitet, das die österreichischen Soldaten auffordert, nicht auf die Ungarn zu schießen, sondern zu ihnen überzugehen. Zwei Hauptleute des österreichischen Alpenjägerbataillons sind unter dem Verdacht des Einverständnisses mit ungarischen Vandalenführern und des Diebstahls von Maschinen- und Gewehren verhaftet worden.

#### Flasche der italienischen Vermittlung.

In Venedig taugt auf Einladung des italienischen Ministers della Torre eine Konferenz von Vertretern Österreichs und Ungarns. Es haben einige Besprechungen stattgefunden, die aber keinen Erfolg zeigten. Während von ungarischer Seite die Nachricht verbreitet wird, daß die Konferenz eine Abstimmung über Odenburg und Umgebung anordnen werde, wird von österreichischer Seite ausdrücklich erklärt, daß Italien sein Mandat in die Hände der Vorkonferenz zurücklegen dürfte. Die kleine Entente erklärt, daß irgendwelche Beschlüsse der Konferenz für sie ohne Bedeutung wären.

#### Die Rückwirkung auf Europa.

Der „Corriere d'Italia“ veröffentlicht einen bemerkenswerten Aufsatz des österreichischen Abgeordneten Dr. Katscha mit dem Titel: „Das Burgenland: Der Ausgangspunkt eines neuen Krieges“. Er kommt zu folgenden Schlusfolgerungen:

Bekommen wir (Österreich) das Burgenland nicht, wird der Vertrag von St. Germain in dem einzigen Punkte, der Österreich einen Vorteil bietet, nicht eingehalten, dann wird sich niemand in der Welt an irgend einen Punkt der Friedensverträge moralisch gebunden fühlen. Ungarn hat nur ein Ziel, d. h. die Wiederherstellung seiner alten Grenzen, die Rückeroberung der Gebiete, die es im Frieden von Trianon an die Tschecho-Slowaken, an Rumänien, an Südbanien abtreten mußte. Sind ein paar Tausend Freischärler inslande, den Friedensvertrag umzustößeln, dann sind die Ungarn nicht mehr zu halten. Wird der ungarische Brand nicht bald ausgebreitet, dann wird sich kein Volk vor ihm retten können.

#### Rufen an der österreichischen Grenze.

Die „Wiener Reichspost“ meldet aus Warburg: Entlang der ganzen Grenze Südbanien gegen Österreich sind unter Vermittlung Frankreichs angeworbene Truppen der russischen Wangel-Armee in Divisionsstärke eingetroffen, welche den Grenzfinanzposten versehen. Unter den Truppen befinden sich zahlreiche deutschsprachende Offiziere und Mannschaften.

### Politische Rundschau.

#### Veränderte Zahlungsweise der Reparationsschulden?

Nach englischen Blättermeldungen untersucht die englische Regierung die Frage der Bezahlung der deutschen Entschädigung und den Einfluß, welchen diese auf den britischen Handel haben wird. Es sollen bereits Vorbereitungen getroffen worden sein, um die Form der Bezahlung der Entschädigung zu ändern. Man wird in der Vermutung nicht fehlgehen, daß es sich dabei um eine Nachwirkung der Wiesbadener Abmachungen handelt, auf Grund deren von deutscher Seite bereits die Möglichkeit erörtert wurde, auch mit den anderen Gläubigerländern in Beratungen über eine Abfindung eines Teils der Reparationsverpflichtungen durch andere Zahlungsformen einzutreten. Ob England ebenfalls auf Sachleistungen zu kommen will, ist noch nicht bekannt.

#### Die Saarländer gegen den französischen Franken.

Die politischen Parteien, die die überwiegende Mehrheit der Saargebietbevölkerung umfassen, haben an den Völkerbundsrat in Genf ein Telegramm gerichtet, in dem sie erklären, der überwiegende Teil der Saargebietbevölkerung erbehe aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nachdrücklich seine Stimme gegen jede weitere Einführung der Frankenvährung. Sie weisen weiter die in einem Telegramm dreier Gewerkschaftsführer aufgestellte Behauptung zurück, wonach diese den überwiegenden Teil der Bevölkerung des Saargebiets vertreten.

#### Das veraltete Kreditangebot.

Vertreter der Industrie haben in Besprechungen mit dem Reichskanzler die Regierung nicht im Zweifel darüber gelassen, daß ihr Kreditangebot zur Aufbringung der nächsten Wiedergutmachungsmilliarde in Gold hinsichtlich der Saargebietbevölkerung nicht mehr in der Lage wären, die Lasten auch wirklich aufzubringen. Jedenfalls sind die Verhandlungen der Regierung mit der Industrie, den Banken und der Landwirtschaft einstweilen noch auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

### Einige Worte zur Kartoffelversorgung

Vom Landwirtschaftlichen Bezirksverband Weizen wird uns geschrieben:

Wie im Vorjahre, so hat sich auch in diesem Jahre eine außerordentliche Nervosität der verbrauchenden Bevölkerung um die Kartoffelversorgung bemächtigt, eine Erscheinung, die von unverantwortlicher Seite noch genährt und aus politischen Gründen gesteigert wird. Wie sehen wieder mitten in einem heftigen Kartoffelkriege, der diesmal besonders scharfe Formen annimmt, weil die Kartoffelpreise gegen das Vorjahr eine wesentliche Steigerung erfahren haben. Die Hauptursache an dieser, wie an der augenblicklich störenden Kartoffelknappheit wird der Landwirtschaft zugeschoben, und es ist deshalb wohl berechtigt, daß sich diese durch ihre Berufsvertretung im Bezirke zu dieser wichtigen Angelegenheit durch Beantwortung folgender Fragen äußert:

#### 1. Wie ist die diesjährige Kartoffelernte ausgefallen?

Es muß zunächst daran erinnert werden, daß der Druck der Arbeitervertreter vom Vorjahre zur Durchführung einer Kartoffelabgabe an die minderbemittelte Bevölkerung des Bezirkes zu verbilligten Preisen eine Verringerung der Anbaufläche in diesem Jahre zur Folge gehabt hat. Die Landwirtschaft ist darauf angewiesen, um ökonomische Erträge zu erzielen, einen großen Teil des Saatgutes jährlich neu zu beschaffen. Da aber bereits der Preis für das Saatgut der Ernte 1920 um das Dreifache über das Vorjahr gestiegen ist, so kann keinem Landwirt zugemutet werden, unter ganz bedeutenden persönlichen Opfern seine bisherige Anbaufläche mit neuem Saatgut zu bestellen.

Ein und vom Führer der Weizener Unabhängigen in öffentlicher Versammlung seinerzeit im Albertshof gegebenes Versprechen, der Weizener Landwirtschaft billigeres Saatgut zu verschaffen, ist bis heute unerfüllt geblieben.

Die Anbaufläche von Kartoffeln ist im Bezirk Weizen auf 680 Hektar im Jahre 1921 festgesetzt worden. Der Ertrag erreicht bei weitem nicht den des Vorjahres. Die ungenügende Trockenheit dieses Jahres, die uns vom Mai bis Ende August so gut wie keine Niederschläge brachte, hat geradezu vernichtend auf die Entwicklung der Kartoffeln gewirkt. Der zur Erzeugung der Ernte aufgewendete animalische und künstliche Dünger ist nicht zur Wirkung gekommen und die Ausgaben dafür umsonst gemacht worden. Nur die Fluren mit feuchter Lage und einige wenige gegen Trockenheit besonders widerstandsfähige Sorten geben einen beträchtlichen Ertrag. Daß dies so ist, werden besonders auch die Besitzer von Schrebergärten und sonstigen Kleingärtnern von Kartoffeln bestätigen.

Es gibt eine große Anzahl Kleinbauernbetriebe, die nicht ihren Eigenbedarf erdaut haben und gezwungen sind, in diesem Jahre Kartoffeln zuzukaufen. Besonders nachteilig fällt ins Gewicht, daß ein großer Teil der in diesem Jahre geernteten Kartoffeln von Engerlingen, grauen Erdwürmern und Mäusen angegriffen ist. Der Abgang an beschädigten und kranken Kartoffeln ist in diesem Jahre deshalb besonders groß, wovon sich jeder Verbraucher überzeugen kann. Nach alledem ist der Ertrag an verkaufsfähigen Kartoffeln in diesem Jahre im höchsten und auch in anderen Riederungsbezirken des Landes ein sehr mäßiger und bleibt ganz wesentlich hinter dem des Vorjahres zurück. Trotzdem dürfte eine genügende Versorgung des Bezirkes gesichert sein, wenn nicht große Mengen aus dem Bezirk ausgeführt werden. Die gebirgigen Bezirke des Landes haben eine gute Ernte gemacht und erfordern geringere Zuschüsse in diesem Jahre als in anderen Jahren, zum Teil bedeuten sie ihren Bedarf selbst.

#### 2. Weshalb sind die Preise der Kartoffeln gegen das Vorjahr gestiegen?

Hier muß zunächst dem geflügelten Gerücht mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, daß die Landwirtschaft die Schuld an der Preissteigerung trägt. Unter der Zwangswirtschaft wurden die Preise zwangsläufig niedrig gehalten. Die Folge war, daß der Anbau die Produktionskosten nicht deckte und zurückging. Wird ein Industrieller auf die Dauer einen Artikel herstellen oder ein Kaufmann einen solchen führen, an dem er zulezt? Dieser Rückgang des Anbaues rächt sich bitter, am allermeisten bei den Kartoffeln, einer Frucht, an welche während und nach dem Kriege außerordentliche Ansprüche gestellt wurden und die als Ersatzmittel für alles mögliche herhalten mußte. Nach Wegfall der Zwangswirtschaft sind unter der freien Wirtschaft werden die Preise bestimmt durch Angebot und Nachfrage. Ein aus obigen angeführten Gründen verringertes Angebot muß natürlich eine Preissteigerung zur Folge haben, die außerdem bedingt ist durch das Sinken der deutschen Wälua, durch die erhöhten Produktionskosten, durch die geringere Konsumt der deutschen Markt, vor allem aber durch die immer mehr steigende Nachfrage.

Sie, die tolle Nachfrage, hervorgerufen durch eine künstlich in die Bevölkerung hineingetragene

Nervosität, trägt die Hauptschuld an der Preissteigerung. Bergegenwärtigt man sich doch, wie sich vor dem Kriege die Kartoffelversorgung des Volkes vollzog.

Früher lag die Kartoffelbelieferung in den Händen des Groß-, Mittel- und Kleinhandels. Sie suchten die Absatzgebiete auf und führten dem verbrauchenden Publikum die Kartoffeln regelmäßig und in genügenden Mengen zu. Nichts ist verborben. Unter der Zwangswirtschaft wurden Lieferungen von den Kommunalverwaltungen zusammengekauft. Es sollte vielfach an zweckmäßiger Aufbewahrung und sachgemäßer Behandlung, so sind unnötig große Mengen verborben, die oft nicht einmal zu Brenn- und Futterzwecken verwertet werden konnten. Soweit die Verbraucher nicht unmittelbar vom Kommunalverband bzw. den Gemeinden versorgt zu werden wünschten, wurden ihnen Kartoffelarten ausgehändigt und sie zu unmittelbarer Eindeckung beim Erzeuger angeregt. Dieses System mag gut gemeint gewesen sein, bedeutet aber für die Landwirtschaft eine schwere Verletzung; es muß abgeändert werden. Der Landwirt ist kein Produktionshändler. Er hat bei seinen ohnehin beschränkten Arbeitskräften alle Hände voll zu tun, seinen Betrieb ordnungsgemäß aufrechtzuerhalten, und kann sich unmöglich mit der Vereinzelung seiner Waren befassen. Es hat eine wahre Wallfahrt des verbrauchenden Publikums eingeleitet, alles verlangt sofortige Lieferung mit Kartoffeln, und zwar in Mengen, die den normalen Bedarf oft übersteigen, und jeder will sich bis zur nächsten Ernte reichlich eindecken. Die Haare stehen dem Landwirt in Berge, wenn er die Vormeldungen auf Kartoffeln überblickt und nicht weiß, ob es ihm überhaupt möglich ist, die gemachten Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist kein Wunder, wenn viele wegen der damit verbundenen Schereien — die Kartoffeln müssen einzeln gesamt, verworfen, angelassen, nach der Stadt gefahren und von Haus zu Haus abgeladen werden; oft werden hinterher noch Aufstellungen gemacht an der Haltbarkeit usw., für die doch niemand garantieren kann — es abzulehnen, sich auf die Einzelabgabe einzulassen, und es vorziehen, ihre Kartoffeln an den Händler abzugeben. Auch die neue sächsische Regierung scheint die Unzumutbarkeit dieses Systems eingesehen zu haben und hat eine Verleserung der großen Verbraucherorganisationen durch die der Erzeuger vorgeschlagen. Das ist ein Weg zur Besserung. Man muß aber auch hier bedenken, daß nicht alle Staatsbürger organisiert sind. Es bleibt also bei dem Doppelsystem: Abgabe im großen und Einzelbelieferung. Unter diesen Umständen geht jede Kontrolle verloren. Viele sind in der Lage, sich doppelt, ja dreifach einzudecken. Die Landwirtschaft aber kann nicht zwei Herren zugleich dienen, sie kann nicht dem Einzelverbraucher und dem Großhändler gleichzeitig liefern.

Das Unvernünftige ist nun, daß jeder Verbraucher in der Zeit, in welcher der Landwirt mit der Herbstbelieferung, mit der Häbenernte, dem Andrang des Getreides und vielerlei anderen Arbeiten beschäftigt ist, die Lieferung außerordentlich großer Mengen Kartoffeln in kürzester Zeit verlangt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit und muß zu einer Preissteigerung führen, an der auch die Einrichtung einer von Verbraucher-, Händler- und Erzeugerorganisationen geschaffenen Preisnotierungsstelle nichts ändern kann. Diese gibt allmählich auf Grund der Marktberichte die durchschnittlichen Preise bekannt, nach denen sich auch die Landwirtschaft richtet. Es werden nun Gerüchte verbreitet, daß einzelne Landwirte für ihre Kartoffeln weit höhere Preise verlangt haben, als die Preisnotierungsstelle festsetzt. Bisher haben sich alle diese Gerüchte als unwahr erwiesen; wir bitten aber trotzdem die Verbraucher, uns die Landwirte namhaft zu machen, welche über diese Höchstpreise hinaus verlangen. Bisher ist noch kein solcher Fall beweiskräftig nachgewiesen worden.

Wir würden im Interesse der Wahrung des Ansehens unseres Standes dies aufs schärfste verurteilen und bekämpfen.

Wohl aber teilen eine Unmasse von Aufkäufern für große Fabriken und Industrieunternehmen im Lande herum, welche sich überbieten. Mit aller Entschiedenheit müssen wir aber dem Bestreben entgegenzutreten, durch Gewaltmittel eine Preissteigerung herbeizuführen; dadurch würde das Segenteil von dem erreicht, was beabsichtigt wird.

Sachen hat vor dem Kriege bereits drei Viertel seines Kartoffelbedarfes von auswärtig gebedt, in diesem Jahre wird der Prozentsatz noch höher sein. Wenn nun für Sachen durch den Druck der Strafen niedrige Preise gewaltsam erzwungen werden, so hört jede Zufuhr von außersächsischen Gebieten auf, die Kartoffeln werden katastrophal und der Anbau geht noch weiter zurück.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die gegenwärtigen Kartoffelpreise für den Teil der Bevölkerung, welcher nicht in der Lage ist, seine Einkünfte zu vermehren, sehr hoch, zum Teil unerschwinglich ist. Es kann aber unmöglich Aufgabe der Land-

wirtschaft sein, unmittelbar die Vunderung dieser sozialen Not auf ihre Schultern zu nehmen; das ist Sache des Staates bzw. der Gemeinden.

Eine Kartoffelabgabe an Minderbemittelte kann in diesem Jahre nicht in Betracht kommen und zwar aus folgenden Gründen:

1. Wegen der schlechten Ernte und dem bedeutenden Abgang von angegriffenen und kranken Kartoffeln,
2. Wegen der hohen Deputatmengen, welche die Landarbeiter auf Grund der geltenden Tarifverträge zu beanspruchen haben. (Ein Arbeiter mit eigener Haushaltung erhält zwei Zentner Kartoffeln monatlich, alle anderen Arbeiter 5 Pfund täglich, Arbeiterinnen 6 Pfund täglich frei.)
3. Wegen der Menge, welche von der veräußerlichen Menge abgehen.
4. Wegen der schlechten Ernte und dem bedeutenden Abgang von angegriffenen und kranken Kartoffeln,
5. Wegen der hohen Deputatmengen, welche die Landarbeiter auf Grund der geltenden Tarifverträge zu beanspruchen haben. (Ein Arbeiter mit eigener Haushaltung erhält zwei Zentner Kartoffeln monatlich, alle anderen Arbeiter 5 Pfund täglich, Arbeiterinnen 6 Pfund täglich frei.)

Also bedeutende Quanten, welche von der veräußerlichen Menge abgehen.

Es ist festgestellt worden, daß Familien, die sich bereits anderweitig versorgt oder welche nicht als Minderbemittelte zu gelten haben, Kartoffeln empfangen und mit Gewinn weiterverkauft haben.

Ueberdies ist auch das psychische Moment in der ganzen Angelegenheit zu berücksichtigen. Durch fortgesetzte unverantwortliche Herabsetzung der Landwirte durch Wort und Schrift in der Öffentlichkeit, durch die Flucht der Arbeiterkraft aus landwirtschaftlichen Betrieben und die beachtete Abhaltung arbeitsloser Arbeiter und Arbeiterinnen vor Annahme landwirtschaftlicher Arbeiten, hat sich auch der Landwirt eine begriffliche Erbitterung bemächtigt, die uns, der Berufsvertretung, eine Durchführung einer erneuten Notstandsaktion unmöglich macht.

Wie viele, die keine Ahnung von den Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Unternehmung haben, fühlen sich berufen, unsern Stand, der doch wahrlich jederzeit seine Pflicht getan hat, bei jeder Gelegenheit einen Fußtritt zu versetzen und dann noch erhöhte Leistungen von ihm zu verlangen. Klüßige Schafe gibt es in jedem Stande und wir schämen uns der unsrigen nicht. Die Allgemeinheit der Landwirte und namentlich der sächsischen hat — das ist auch von gegnerischer Seite wiederholt anerkannt worden — ihre Pflicht getan unter äußerst schwierigen Verhältnissen und wird sie weiter tun. Wir verurteilen jeden Streik, auch den Lieferungsstreik, auf das entschiedenste, denn er ist ein proletarisches Kampfmittel. Unser Verhältnisschwierigkeit sind aber Grenzen gezogen durch die Macht der Elemente, gegen die wir machtlos sind.

Durch Demonstrationen und Märschen wird die Lage nicht gebessert, sondern verschlimmert. Drohungen mit diesen haben bei uns die Wirkung vollständig verloren, wir werden ihnen angehörsigt, den Verhältnissen mit satanischem Gleichmut entgegen. Wenn ein Land wie Sachsen zu solchem Mittel greift, so sagt es den Akt ab, auf den es als Zuschußland mit seiner Ernährung ruht.

#### 3. Wodurch ist eine geordnete Kartoffelversorgung und eine Steigerung des Angebotes möglich?

Es wurde schon oben auf die bewährte Art der vorzüglich zeitlichen Kartoffelversorgung hingewiesen. Sie muß wieder zur Geltung kommen. Das Bestreben, den Handel auszuschaalen, ist grundsätzlich und zweckwidrig. Der reelle Handel ist kein schädlicher, sondern ein nützlicher Faktor in unserm Wirtschaftsleben. Er sorgt durch seine Pfindigkeit dafür, daß zur rechten Zeit genügend Ware da ist. Das ist notwendig, besonders in einem Lande wie Sachsen, das, wie erwähnt, drei Viertel seines Kartoffelbedarfes auswärtig decken muß. Wollten wir den Handel ausschalten, so wäre diese Zufuhr auf schwerste gefährdet. Deshalb gewöhne sich das Publikum daran, seine Kartoffeln wieder vom eingeleiteten Händler zu beziehen; wenn er regelmäßig Geschäfte macht, begünstigt er sich mit einem mäßigen Gewinn, der bei dem Risiko, welches er für die Güte und Haltbarkeit der Ware übernimmt, berechtigt ist. Der Landwirt liefert gern den Händler, da ihm dadurch hundertfache Schereien erspart bleiben; er hat anderes zu tun, als sich mit der Vereinzelung seiner Waren abzugeben. Das Vernunftwiderstrebe aber ist, daß auch Stadtverwaltungen, Großindustrien vielfach unter Anbietung von Kohlen usw. sich beim Einzelhandlert eindecken wollen. Sie kommen oft mit Lieferungsaufrufen von Tausenden von Zentnern, die natürlich niemand erfüllen kann. Auch hier muß der alte Weg beschritten werden. Die Kartoffelbelieferung von haatlichen und städtischen Anhalten muß wieder wie vor dem Kriege beschritten werden. Damit wird dem Großhandel Gelegenheit gegeben, sich zu betätigen und der Zweck zweifelslos erreicht werden.

Die Erscheinung, daß die Aufkäufer von Städten und Großunternehmen hintereinander her heppend die Güter abstopfen, führt zu keinem Geringeren, sondern höchstens zu Preissteigerungen.



